

STADTVERWALTUNG MINDEN

Sitzungsdrucksache

öffentlich

nichtöffentlich

Datum

Drucksachen Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

27.01.2020

11/2020

Beratungsfolge	Termin	TOP	Ein	Für	Geg	Ent	FB/Sachbearbeiter/in
Stadtverordnetenversammlung	06.02.2020	3					BL 0.1 André Gerling

Betreff:

Beteiligung der Stadt Minden an der Initiative der NRW-Städte „Sichere Häfen“

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Minden schließt sich der folgenden Erklärung der NRW-Städte „Sichere Häfen“ (Punkt 1-3) an und erklärt sich nach Umsetzung der Forderungen im unter Punkt 4 genannten Umfang bereit, zusätzlich geflüchtete Menschen aufzunehmen.

1. Die NRW-Kommunen „Sichere Häfen“ bieten zusätzliche Aufnahmeplätze für die hilfsbedürftigsten Personen in prekären humanitären Situationen in Auffanglagern an. Die Angebote werden individuell durch die jeweilige Kommune festgelegt. Der Bund wird aufgefordert, von Art. 17 Dublin-III-VO verstärkt Gebrauch zu machen und die kumuliert angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen. Dies soll in Form eines Angebotes gegenüber Griechenland passieren. Das Land NRW wird gebeten seine Bereitschaft zu erklären, diese Personen ohne Anrechnung auf die EASY-Quote aufzunehmen.
Die Kommunen erklären sich bereit, die Betroffenen nach Abschluss des Asylverfahrens in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote aufzunehmen.
2. Die NRW-Kommunen „Sichere Häfen“ bieten Aufnahmeplätze für zusätzliche unbegleitete minderjährige Flüchtlinge an. Jede Kommune legt dabei eigene Kontingente fest und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf dem Gebiet der jeweiligen Kommune zu.

Der Bund wird aufgefordert, ein Verfahren zur Übernahme dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach Deutschland zu schaffen. Die Betroffenen können nach dem Clearingverfahren den Aufnahmejugendämtern der Kommunen zugewiesen werden.

Die Kommunen bitten das Land – auch in seiner Funktion als Kostenträger – um Unterstützung des Vorhabens.

3. Die NRW-Kommunen werden sich weiterhin austauschen und die Ergebnisse auch in die Bundestreffen einbringen. Es würde begrüßt, wenn weitere Bundesländer vergleichbare Programme verfolgen.
 Von weiteren Maßnahmen wird zurzeit abgesehen, können aber bei künftigen Treffen beschlossen werden. Von rein symbolhaften Erklärungen und Vorschlägen distanzieren sich die teilnehmenden Kommunen hierbei bewusst.

4. Die Stadt Minden erklärt sich bereit, im Rahmen des unter Punkt 1 dargestellten Verfahrens bis zu zehn dieser besonders hilfsbedürftigen Personen aufzunehmen. Im Hinblick auf das unter Punkt 2 dargestellte Verfahren, wird die Bereitschaft zur Aufnahme von bis zu fünf unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten erklärt.

Angaben zu internen Beteiligungen und zum Haushalts-/Wirtschaftsplan:

Interne Beteiligungen	Personalrat	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	erl. am:
	Gleichstellungsstelle	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	erl. am:
Haushaltsplan bzw. SBM-Wirtschaftsplan			
	Bezeichnung	Nr.	
- Budget			
- Produkt			
- Leistung/Maßnahme		Neue Maßnahme/Leistung: <input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN HSP-Maßnahme: <input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	
- Ziel(e)			

Berichterstatter*in:

Erster Beigeordneter Kienzle

Sachdarstellung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat die Stadt Minden in ihrer Sitzung am 11.07.2019 im Sinne des Aufrufs der zivilgesellschaftlichen Initiative „Minden soll sicherer Hafen werden!“ zu einem „Sicheren Hafen“ für schiffbrüchige Geflüchtete erklärt.

Der Verwaltungsvorstand hat diesen Beschluss in den vergangenen Monaten zum Anlass genommen, sich an einer deutschlandweiten Aktion zur Kooperation der Städte „Sichere Häfen“ zu beteiligen. Der Erste Beigeordnete Peter Kienzle hat hierzu am 01.10.19 an einer vom dortigen Oberbürgermeister initiierten Konferenz der Städte „Sichere Häfen“ in Rottenburg (Baden-Württemberg) teilgenommen. Herr Kienzle hat dort - im Sinne des Beschlusses vom 11.07.19 - für die Stadt Minden den Beitritt zum „Bündnis Städte Sichere Häfen“ erklärt. Aus diesem Bündnis hat sich für das Land Nordrhein-Westfalen ein engerer

regionaler Zusammenschluss von Städten „Sichere Häfen“ unter der Führung der Stadt Bielefeld entwickelt. Von diesen Städten haben sich Vertreter aus 16 Städten am 15.01.2020 zu einem ersten Arbeitstreffen in Bielefeld getroffen. Die Stadt Minden wurde hier wiederum vom Ersten Beigeordneten vertreten.

Die NRW-Städte „Sichere Häfen“ haben bei diesem Arbeitstreffen deutlich gemacht, dass sie ihren Status als „Städte Sichere Häfen“ nicht nur für direkt aus Seenot gerettete Menschen verstehen wollen, die Intention der Erklärung sei vielmehr dahingehend zu verstehen, sich aus humanitären Gründen für besonders hilfebedürftige Menschen einzusetzen. Durch die aktuelle Aufnahme- und Unterbringungssituation in Mittelmeer-Anliegerstaaten befinden sich viele Geflüchtete in solchen prekären Situationen. Konkret - aber nicht ausschließlich- wird die zum Teil katastrophale Situation in einigen Flüchtlingslagern in Griechenland benannt. Eine Ausweitung des Hilfsangebots als „Sichere Häfen“ auf diesen Personenkreis sei daher für viele Städte dringend geboten. Als von dieser prekären Situation besonders betroffene Gruppe werden von den NRW-Städten „Sichere Häfen“ vor allem auch die unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten angesehen.

Durch die fehlenden Zuständigkeiten im Aufnahme- und Verteilverfahren ist der Handlungsrahmen der Kommunen in der Frage der Aufnahme zusätzlicher Menschen sehr eng bemessen. Gerade dies fordert die „Städte Sichere Häfen“ aber heraus, Land und Bund ihre Bereitschaft und ihre Kompetenzen anzubieten und somit zu einer Lösung aktiv beizutragen. Ein reines Abwarten auf eine europäische Lösung ist den „Städten Sichere Häfen“ hierbei jedoch zu passiv. Die Städte lehnen ebenso „symbolische Lösungen“ ab, die nur zu einer reinen Umverteilung innerhalb Deutschlands/NRW von bereits vorhandenen Geflüchteten führen würden. Intention des Handelns ist vielmehr, mehr schutzbedürftige Menschen als bisher aus humanitär prekären Lagen aus dem Ausland nach Deutschland zu verhelfen.

Der Verwaltungsvorstand schlägt der Stadtverordnetenversammlung daher vor, sich der Erklärung der NRW-Städte „Sichere Häfen“ anzuschließen und für die Stadt Minden die Bereitschaft zur Aufnahme der unter Punkt 4 genannten Personengruppe zu erklären.

Unterschrift des Bürgermeisters:

.....
Michael Jäcke